

Auer Tageblatt

Beschreibungen von den im Ausland und für den heimischen Markt angelegten. — Erscheint werktäglich, fernsprech-Anschluss Nr. 22.

Anzeiger für das Erzgebirge

Preisliste für den Abdruck von Anzeigen: 20 Pfennige, auswärts 25 Pfennige, Kleinanzeigen 40 Pfennige, auswärts 50 Pfennige. — Reichsanzeiger, 20. Jahrgang, 21. Jahrgang.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 288

Sonnabend, den 11. Dezember 1926

21. Jahrgang

Briand optimistisch.

Investigationsfrage. — Rheinlandbesetzung und Militärkontrolle.

Genf, 9. Dez. Vor Vertretern der internationalen Presse erklärte Briand in Bezug auf seine heutige Besprechung mit Reichsminister Dr. Stresemann, daß über die Investigationsfrage eine Uebereinstimmung erzielt worden sei, an der sich seither auch nichts geändert habe. In Bezug auf die Militärkontrolle bestätigte er, daß die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial und die Rüstungsfrage noch nicht geregelt sind. Die nächste Besprechung der fünf Rheinlandpaktmächte warte seiner Meinung nach bereits Freitag vormittag stattfinden. Ueber die Räumung der besetzten Gebiete befragt, führte Briand aus, daß diese Angelegenheit nur durch direkte Verhandlungen und durch ein Abkommen zwischen den beteiligten Regierungen geordnet werden könne. Ueber die Möglichkeit des Abschlusses eines entsprechenden Abkommens sprach er sich zuversichtlich aus. Die damit zusammenhängende Regelung der Rheinlandkontrolle werde so gestaltet werden müssen, daß das Rheinland vor jedem Truppenrückzug, von welcher Seite er auch komme, sicher sein könne. Briand glaubt, daß diese Angelegenheit bei der nächsten Ratstagung behandelt werden könne.

Zur Beratung des Protokolls.

Genf, 9. Dez. Die juristischen Sachverständigen haben die Vorberatung einer authentischen Interpretation des Investigationsprotokolls heute abend in vollkommener gegenseitiger Uebereinstimmung abgeschlossen. Der Bericht, der vor Abschluß dieser Tagung dem Völkerbundsrat zur Beschlussfassung unterbreitet werden wird, wird morgen vormittag den beteiligten Ministern vorgelegt werden. Im Laufe des Freitags werden Vertreter der fünf Rheinlandpaktmächte wahrscheinlich zu einer zweiten gemeinsamen Besprechung zusammentreten.

Die Agence Havas über die Beratungen der Botschafterkonferenz.

Paris, 9. Dez. Havas berichtet, daß der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz Marshall Koch und die übrigen Mitglieder des Interalliierten Militärkomitees von Versailles sowie der Vorsitzende der Militärkontrollkommission in Berlin, General Walsh, betwohnten. Die Botschafterkonferenz habe den Stand der Entwaffnung Deutschlands geprüft, die in der Mehrzahl der Punkte in seiner Gesamtheit geprüft sei. Sie habe von dem Ergebnis der Unterredungen Kenntnis genommen, die die alliierten militärischen Sachverständigen seit Montag mit General von Pawelz hatten. Es scheine zurzeit nicht, daß die beiden Fragen betreffend die Besetzungen von Königsberg, Rastatt und Slogau und die Herstellung von Kriegsmaterial vollkommen geregelt seien. Das Ergebnis der heutigen Beratungen der Botschafterkonferenz werde unverzüglich den in der Botschafterkonferenz vertretenen und gegenwärtig in Genf weilenden Außenministern zur Kenntnis gebracht werden. Diese würden die auf diese Weise vorgelegte Bilanz würdigen und der Botschafterkonferenz wahrscheinlich Weisungen zu erteilen haben, von denen diese in ihrer für morgen vorgesehenen Sitzung Kenntnis nehmen werde.

Die bayrischen Anträge über den Finanzausgleich abgewiesen.

Berlin, 9. Dez. Der Hauptausschuß des Reichsrates behandelte den Uebergangsentwurf zu dem Finanzausgleich. Zu der wichtigen Sitzung waren auch die Finanzminister der Länder telegraphisch nach Berlin berufen worden. Von amtlicher Seite wird jede Auskunft über den Verlauf der Beratung verweigert. Es scheint jedoch, daß sich bei der Beratung ernste Gegensätze bemerkbar machten. Bei der Abstimmung wurden die bayrischen Anträge abgelehnt.

Die Weihnachtsbeihilfe für Beamte.

Wie gemeldet wird, werden die Regierungsparteien beim Nachtragsetat des Arbeitsministeriums beantragen, eine Summe von 25 Millionen Mark zu Weihnachtsbeihilfen für die Erwerbslosen, Sozialrentner und Kleinrentner auszuwerfen. Das Kabinett trat gestern abend zusammen, um zu dem Beschluß der Fraktionen über die Weihnachtsbeihilfe für die Beamten Stellung zu nehmen. Das Kabinett stimmte dem Beschluß in der bereits gemeldete Form zu.

Der Zuckerkoll wird auf 15 Mark erhöht.

Besprechungen, die am Donnerstag zwischen den Vertretern der Regierungsparteien über die Erhöhung des Zuckerkollens stattgefunden haben, haben laut „Voss. Zig.“ zu dem Ergebnis geführt, daß der jetzt 10 Mark betragende Zoll pro Doppelzentner auf 15 Mark erhöht werden soll. Das Ernährungsministerium hatte eine Erhöhung auf 20 Mark in Aussicht genommen. Die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei und das Zentrum einigten sich aber auf eine Erhöhung auf 15 Mark pro Doppelzentner, während die Demokraten für den bisherigen Zoll von 10 Mark eintraten. Die Zollserhöhung soll am 1. Januar in Kraft treten. Da die Deutschnationalen ebenfalls für die Erhöhung sind, ist eine Mehrheit dafür im Reichstage sicher.

Reichstag und D. N. Z.

Dhne Regierungsvertreter.

Der Reichstag setzte in seiner gestrigen Sitzung bei der Beratung des Nachtragsetats die Aussprache über das Hilfsprogramm für den Osten fort.

Bei der Abstimmung wurden Anträge angenommen, die 2 Millionen mehr für Schleswig-Holstein, Bayern und Sachsen verlangen. Angenommen wurde ferner ein Antrag, der für das Berliner Stadion und für die Arbeiterporträts in Leipzig je 200 000 Mark, für Münster 100 000 Mark verlangt. Im übrigen werden die Ausschussanträge angenommen.

Es folgt die zweite

Beratung des Nachtragsetats für das Auswärtige Amt. Abg. Stämpfer (Soz.) erklärte zur Angelegenheit der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: Ich muß im Zusammenhang mit diesem Fall warnen vor der Auffassung, die die Presse lebhaft als ein Objekt und Werkzeug betrachtet. Diese vom Obrigkeitstaat übernommene Auffassung ist des Volksstaates unwürdig. Im Volksstaat will die Presse beachtet und geachtet sein als ein selbständiges Organ des geistigen Lebens der Nation, als eine freie und in ihrer Freiheit gesetzlich geschützte Institution zur Wahrnehmung öffentlicher Interessen. (Beifall.)

Der Redner wandte sich dann scharf gegen die Reichsregierung, die durch den Ankauf der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gewissermaßen die in dieser Zeitung gegen die preussische Regierung gerichteten scharfen Angriffe herbeiführt. Der schwerste Vorwurf sei gegen die Regierung deswegen zu richten, weil sie die Redaktion von dem Ankauf nicht unterrichtet hat. Das widerspreche den zwischen den Verlegern und dem Reichverband der Deutschen Presse vereinbarten Normaldienstvertrag. Es sei auch ein unerträglich hoher Zustand für alle Redakteure und Journalisten, wenn ihnen der Besitzer der Zeitung unbekannt bleibt. Hier sollte Deutschland die fortschrittliche österreichische Presse nachahmen. Im Kampfe zwischen Geld und Arbeit müsse die Befreiung für Geist und Arbeit eintreten. (Beifall.)

Während der Rede des Abg. Stämpfer wurde durch verschiedene Parteien darauf hingewiesen, daß niemand am Regierungstisch sitze.

Abg. Rube (Wkt.) erklärt sich mit den Ausführungen Stämpfers einverstanden und beantragt, die Weiterberatung auszuschieben, bis irgendein Vertreter des Auswärtigen Amtes vor dem Reichstag erscheine.

Abg. Stöcker (Komm.) beantragt, den Reichskanzler an Stelle des in Genf weilenden Reichsaußenministers herbeizuladen.

Dieser Antrag wird gegen die Kommunisten und Sozialisten abgelehnt.

Der nächste Antrag auf Aufhebung der Weiterberatung wird angenommen.

Der nächste Antrag ist der Fall des Reichs, 9. Dez.

Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat des Reichswehrministeriums.

Die Sozialdemokraten behalten sich frei Hand vor.

Berlin, 9. Dez. Im Reichstag traten nach der heutigen Plenarsitzung die Fraktionen zusammen, um über die politische Lage zu beraten.

Von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurde folgender Beschluß ausgegeben:

1. Durch die Reden des Abg. Dr. Scholz, des Führers der Deutschen Volkspartei, in Jüterburg und Königsberg sind die Vereinbarungen, die zwischen dem Reichskanzler und der sozialdemokratischen Fraktion über die Fühlungnahme mit den Regierungsparteien getroffen worden waren, hinsichtlich geworden. Die sozialdemokratische Fraktion erhält dadurch freie Hand für alle politischen Entscheidungen.

2. Zum Mißtrauensvotum gegen den Minister Dr. Kütz hat die Fraktion sofort Stellung genommen, und zwar durch die Rede des Abg. Dr. Dreitscheid, durch ihre Erklärung zur dritten Lesung und durch ihre Abstimmung zum Schluß- und Schlußgesetz, wobei ihr Mißtrauen gegen den Minister Kütz scharf zum Ausdruck kam. Die Fraktion hält eine Entscheidung über die künftige Gestaltung der Reichsregierung für notwendig und wird sie bei der dritten Lesung des Nachtragsetats herbeiführen. Aus diesem Grunde wird sie sich bei der Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen Dr. Kütz enthalten.

Die Ankündigung der Sozialdemokraten, bei der dritten Lesung des Nachtragsetats eine Entscheidung über die politische Lage herbeiführen zu wollen, wird von den Blättern dahin verstanden, daß die Sozialdemokraten einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett einbringen werden, wenn bis dahin nicht bestimmte Zusicherungen vorliegen, daß an die Bildung eines Rechtsblocks nicht gedacht werde. Die dritte Lesung des Nachtragsetats wird der „Vossischen Zeitung“ zufolge erst in der zweiten Hälfte der nächsten Woche erfolgen. Man nimmt an, daß bis dahin Dr. Stresemann zurückgekehrt sein wird und es seinem Einfluß gelingen wird, die innerpolitische Lage zu klären. Eine Entscheidung ist daher vor Ende nächster Woche nicht zu erwarten. Die nächsten Besprechungen zwischen dem Kanzler und den Parteiführern sind vorläufig auf den Sonnabend angesetzt worden. Der Reichstag rechnete man gestern trotz der Zusicherung mit der Möglichkeit eines Rechtsblocks, da andererseits nur die Auflösung

Zu den Veröffentlichungen des Manchester Guardian.

Berlin, 9. Dez. Die „Kreuzzeitung“ gibt in ihrer heutigen Abendausgabe einer Zuschrift Raum, in welcher bei einer Besprechung der Veröffentlichungen des „Manchester Guardian“ der Verdacht ausgesprochen wird, daß Gesandte des Reiches, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, für die Mitteilungen des englischen Blattes mittelbar oder unmittelbar verantwortlich seien. Die Reichsregierung weist diese Verdächtigungen gegen Beamte des auswärtigen Dienstes auf das nachdrücklichste zurück. Die völlig unbegründeten und haltlosen Behauptungen des Einsenders sind unangehöriger, als er selbst eingestehen muß, daß er keinen bestimmten Fall im Auge hat.

Die Hohenzollern in Geldverlegenheit.

Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, ist die erste Rate von fünf Millionen Mark, die nach Genehmigung des Ausleihvertrages an das Hohenzollernhaus gezahlt wurde, dazu benutzt worden, um finanzielle Verpflichtungen abzudecken. Es verlautet weiter, daß das Hohenzollernhaus erneut mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, so daß voraussichtlich auch ein erheblicher Teil der zweiten fünf-Millionen-Rate, die am 1. Februar 1927 gezahlt werden soll, ebenfalls zur Abdeckung der finanziellen Verpflichtungen benutzt werden muß. In diesem Zusammenhang erhält der Rücktritt des Generalbevollmächtigten der Hohenzollern, des Geheimrats von Berg, eine besondere Note. Nachfolger des Geheimrats von Berg dürfte wohl der Geheimrat Oberregierungsrat Biersch werden, der an den Ausleihvertragsverhandlungen stark beteiligt war. Wilhelm II. hat sich in den letzten Tagen bei seinem Schnelzug eine Friedensuniform der Garde-Mann bestellt.

Die Internationale Kohstahlgemeinschaft.

Paris, 9. Dez. Die Internationale Kohstahlgemeinschaft beschloß in ihrer heutigen Sitzung für das erste Vierteljahr 1927 eine Ermäßigung des gegenwärtigen Produktionsprogrammes um 1 500 000 Tonnen. Verhandlungen wegen Anschlüssen an das Stahlkartell wurden im Laufe der heutigen Sitzung nicht nur mit den Deutschen, sondern auch mit den Österreichern und Ungarn geführt. Die Verhandlungen nahmen einen günstigen Verlauf.

1 Tag! 1 Uhr im le chaw

en aus sionen. 60 Mk. z. übrigen erschau

fest

gona, b, und

Aue